



Stadtparlament: Motionenberichte

Berichterstattung über die beim Stadtrat anhängigen Motionen und Postulate

Antrag

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Von diesem Bericht wird Kenntnis genommen.
2. Der nachstehende parlamentarische Vorstoss wird als erledigt abgeschrieben:
Nr. 5, Rechtsverbindliche Umsetzung des „St.Galler Parkplatz-Konsenses“
3. Bei den nachstehenden parlamentarischen Vorstössen werden die Fristen zur Erfüllung der Aufträge wie folgt verlängert:
Nr. 1, Neuer Teilplan Verkehr um ein Jahr
Nr. 2, Erschliessung der Bauzonen um ein Jahr
Nr. 3, LandschaftsEntwicklungsKonzept (LEK) - Basis für Direktzahlungen um ein Jahr
Nr. 4, Rückkehr zur Einfamilienhauszone um ein Jahr
Nr. 7, Kulturplatz am Stadtpark um ein Jahr
Nr. 8, Wildnispark Goldacher Tobel um ein Jahr
Nr. 9, Planung der notwendigen Kapazität der Stadtautobahn um ein Jahr
Nr. 10, Zukunft dank Tram um ein Jahr
Nr. 11, Fusswegnetz in der Stadt St.Gallen um ein Jahr
Nr. 12, Waaghaussanierung: Chance für Neukonzept um ein Jahr
Nr. 13, Wasser freundlicher behandeln; Dem Broderbrunnen ein würdiger Platz um ein Jahr
Nr. 16, Überprüfung Sondernutzungspläne um ein Jahr
Nr. 17, Ein Beitrag zur kombinierten Mobilität: Ein zeitgemässes Veloverleihsystem, auch in St.Gallen um ein Jahr
Nr. 18, Museumskonzept „3 Museen – 3 Häuser“ um zwei Jahre
Nr. 19, Integration – wo stehen wir, wohin gehen wir? um ein Jahr



a) Motionen

1 Neuer Teilplan Verkehr

erheblich erklärt am 3. April 2001; Fälligkeit 5. Juli 2012

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht und Antrag zu stellen, wie er einen neuen Teilplan Verkehr nach den heutigen Anforderungen und künftigen Entwicklungen realisieren will.

Es wird auf die Vorlage des Stadtrates „Genehmigung des Richtplanes der Stadt St. Gallen“ vom 10. Januar 2012 verweisen.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Motionsauftrags um 1 Jahr zu verlängern.

2 Erschliessung der Bauzonen

erheblich erklärt am 18. September 2001; Fälligkeit 5. Juli 2012

Der Stadtrat wird deshalb beauftragt, im Sinne eines Erschliessungsprogramms gemäss Raumplanungsgesetz aufzuzeigen, welche Bauzonen, wann, auf welche Art, mit welchen planerischen und finanziellen Mitteln erschlossen und baureif gemacht werden. Gemäss Art. 2 des städtischen Planungsreglements ist dieses Erschliessungsprogramm als Bestandteil des Teilplanes Erschliessung und Versorgung dem Grossen Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen.

Es wird auf die Vorlage des Stadtrates „Genehmigung des Richtplanes der Stadt St. Gallen“ vom 10. Januar 2012 verweisen.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Motionsauftrags um 1 Jahr zu verlängern.



3 LandschaftsEntwicklungsKonzept (LEK) - Basis für Direktzahlungen

erheblich erklärt am 18. September 2001; Fälligkeit 5. Juli 2012

Der Stadtrat wird daher eingeladen, dem Gemeinderat so rasch wie möglich ein LandschaftsEntwicklungsKonzept zur Beratung und Beschluss zu unterbreiten.

Es wird auf die Vorlage des Stadtrates „Genehmigung des Richtplanes der Stadt St. Gallen“ vom 10. Januar 2012 verweisen.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Motionsauftrags um 1 Jahr zu verlängern.

4 Rückkehr zur Einfamilienhauszone

erheblich erklärt am 25. November 2008; Fälligkeit 5. Juli 2012

Der Stadtrat wird eingeladen, Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen, mit welchen Anpassungen von Bauordnung/Zonenplan oder anderen Massnahmen er bestehende, intakte Einfamilienhausquartiere vor grösseren Bauvorhaben kurz-, mittel- und langfristig schützen will.

Die Neuregelung zu dieser Thematik ist als Teilrevision der Bauordnung und mit verschiedenen Zonenplanergänzungen öffentlich aufgelegt worden. Während dem Auflageverfahren sind rund 20 Einsprachen eingegangen. Die Behandlung dieser Einsprachen mit den entsprechenden Gesprächen mit den Betroffenen, Augenscheinen etc. ist im Gange. Nach dem Abschluss der Verfahren wird der Stadtrat über die Einsprachen entscheiden und dann dem Stadtparlament die Neuregelung vorlegen. Der Beschluss des Parlamentes wird dem fakultativen Referendum unterstehen, ebenso sind gegen die Entscheide des Stadtrates zu den Einsprachen Rechtsmittel möglich. Nach dem durchgeführten öffentlichen Verfahren ist aber bekannt, für welche Gebiete mit Änderungen zu rechnen ist und welche Einfamilienhausgebiete nicht von den neuen Regelungen betroffen sein werden. In dieser Situation ist die frühere Unsicherheit in Bezug auf die Art und das Ausmass der Veränderungen trotz dem andauernden Verfahren weitgehend behoben.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Motionsauftrags um 1 Jahr zu verlängern.



5 Rechtsverbindliche Umsetzung des „St.Galler Parkplatz-Konsenses“

erheblich erklärt am 15. Juni 2010; Fälligkeit 15. Juni 2012

Der Stadtrat wird beauftragt, nach einer Zustimmung der Bürgerschaft zum Neugestaltungsprojekt Marktplatz/Bohl/Blumenmarkt und zur Beteiligung am Parkhaus Schibenertor dem Stadtparlament einen rechtsetzenden Erlass zu unterbreiten, der eine Parkplatzregelung für die Innenstadt gemäss dem „St.Galler Parkplatz-Konsens“ auf 15 Jahre beinhaltet.

Der seinerzeitige Parkplatzkonsens stand unter dem Vorbehalt, dass die Neugestaltung von Marktplatz, Bohl und Blumenmarkt gemäss dem ausgearbeiteten Projekt definitiv beschlossen wird. Die Bürgerschaft hat das Projekt hingegen abgelehnt. Damit ist auch der ausgehandelte Konsens hinfällig geworden, eine allfällige neue Konsenslösung müsste neu vereinbart werden.

Antrag:

Es wird beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben.

6 Ergänzung der Bauordnung

erheblich erklärt am 21. Februar 2012; Fälligkeit 21. Februar 2014

Der Stadtrat wird beauftragt, den Entwurf für eine Bauordnungsrevision vorzulegen mit dem Ziel, Massnahmen zur Energieeffizienz und zur Energieerzeugung bei Neubauten, Umbauten und Sanierungen verstärkt zu ermöglichen und zu fördern. Zu berücksichtigen sind dabei berechnete nachbarliche Interessen, der Schutz des Altstadt- und Ortsbildes, eine gute gestalterische Einfügung sowie die übergeordnete Gesetzgebung.

Die Arbeiten für die Erfüllung des Motionsauftrages sind im Gange.



b) Postulate

7 Kulturplatz am Stadtpark

erheblich erklärt am 22. Juni 1999; Fälligkeit 5. Juli 2012

Der Stadtrat wird eingeladen, Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen, wie die verkehrliche Situation im Museumsquartier als Wohn- und Kulturgebiet verbessert werden kann. Zu prüfen ist namentlich eine neue Ausfahrt (und eventuell auch Einfahrt) der Brühltor-Garage direkt auf eine Strasse des übergeordneten Netzes. Die entsprechenden Kosten sollen von der Parkgarage AG und der Stadt bzw. der Spezialfinanzierung für Parkplätze und Parkhäuser anteilmässig getragen werden.

Die Verlegung der Ausfahrt aus der Tiefgarage ist realisiert, ebenso die Umgestaltung der Parkanlage Unterer Brühl samt dem Vorgelände vor der Tonhalle. Die Neugestaltung des „Kulturplatzes“ und der anschliessenden Strassenbereiche war Gegenstand eines Wettbewerbsverfahrens, das ebenfalls abgeschlossen ist. Die Ergebnisse wurden anfangs 2012 öffentlich vorgestellt. Nun ist die Bereinigung des Wettbewerbsergebnisses im Gange, anschliessend wird das Vorprojekt erstellt. Dem Stadtparlament soll die Vorlage 2013 unterbreitet werden.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags um 1 Jahr zu verlängern.

8 Wildnispark Goldacher Tobel

erheblich erklärt am 4. April 2000; Fälligkeit 5. Juli 2012

Der Stadtrat wird eingeladen, in Koordination mit den umliegenden Gemeinden und dem Kanton eine Schutzverordnung zu erarbeiten.

Die Federführung und Koordination für diese Schutzverordnung liegt beim Kanton St.Gallen. Der Entwurf für die Schutzverordnung wurde in allen betroffenen Gemeinden 2011 öffentlich aufgelegt. Dagegen sind verschiedene Einsprachen in den jeweiligen Gemeinden eingegangen, die nun koordiniert behandelt werden. Die Schutzverordnung wird derzeit nochmals bereinigt. Nach dem Abschluss der aufwendigen Verfahren wird die Schutzverordnung in den einzelnen Gemeinden zu beschliessen sein, in der Stadt St.Gallen ist für den Erlass das Stadtparlament zuständig. Es ist zu erwarten, dass diese Beschlussfassung noch dieses oder spätestens im nächsten Jahr erfolgen kann.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags um 1 Jahr zu verlängern.



9 Planung der notwendigen Kapazität der Stadtautobahn

erheblich erklärt am 26. November 2002; Fälligkeit 5. Juli 2012

Der Stadtrat wird eingeladen, im Rahmen der Richtplanung und in Zusammenarbeit mit dem Bund und dem Kanton zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob und allenfalls welche Massnahmen zur Vermeidung von Kapazitätsengpässen auf der Stadtautobahn und zur Sicherstellung der Entlastungswirkung für das städtische Netz erforderlich sind.

Es wird auf die Vorlage des Stadtrates „Genehmigung des Richtplanes der Stadt St.Gallen“ vom 10. Januar 2012 verweisen.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags um 1 Jahr zu verlängern.

10 Zukunft dank Tram

erheblich erklärt am 28. Juni 2005; Fälligkeit 5. Juli 2012

Der Stadtrat wird eingeladen, im Rahmen des Richtplans zu den verschiedenen Aspekten einer Tramlösung für St.Gallen Bericht zu erstatten.

Es wird auf die Vorlage des Stadtrates „Genehmigung des Richtplanes der Stadt St.Gallen“ vom 10. Januar 2012 verweisen.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags um 1 Jahr zu verlängern.

11 Fusswegnetz in der Stadt St.Gallen

erheblich erklärt am 15. November 2005; Fälligkeit 5. Juli 2012

Der Stadtrat wird eingeladen, auf der Grundlage des neuen Richtplans über die Situation des Fusswegnetzes in der Stadt St.Gallen Bericht zu erstatten und Verbesserungsmassnahmen aufzuzeigen.

Es wird auf die Vorlage des Stadtrates „Genehmigung des Richtplanes der Stadt St.Gallen“ vom 10. Januar 2012 verweisen.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags um 1 Jahr zu verlängern.



12 Waaghaussanierung: Chance für Neukonzept

erheblich erklärt am 26. Juni 2007; Fälligkeit 5. Juli 2012

Der Stadtrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob und allenfalls wo für das Stadtparlament ein neuer Tagungsort realisiert und wie das Waaghaus unter Einhaltung des denkmalpflegerischen Schutzzumfangs gesamthaft saniert und genutzt werden soll.

Nach dem Abschluss des Projektwettbewerbes hat das Parlament im Februar 2012 den Kredit für die Projektausarbeitung erteilt. Die Bauvorlage wird dem Parlament nach Abschluss der Projektierung unterbreitet.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags um 1 Jahr zu verlängern.

13 Wasser freundlicher behandeln; Dem Broderbrunnen ein würdiger Platz

erheblich erklärt am 23. September 2008; Fälligkeit 5. Juli 2012

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen, wie sich der Platz um den Broderbrunnen attraktiver gestalten lässt. Besonderes Augenmerk soll dabei auf mehr Grünfläche und eine sickerfähige Bodenbeschaffenheit gelegt werden.

Die Projektierung für die Neugestaltung dieses Platzes ist derzeit im Gange. Die Beschlussfassung über das Projekt und den nötigen Kredit sollte noch dieses Jahr möglich sein.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags um 1 Jahr zu verlängern.

14 Integrierte Schülerförderung ISF: Was bewirkt sie?

erheblich erklärt am 25. November 2008; Fälligkeit 29. Juni 2015

Der Stadtrat wird um Stellungnahme, Evaluation der ISF und um Berichterstattung gebeten.

Die Umsetzung des Förderkonzepts verläuft nach Plan. Die Weiterbildungssequenzen mit den von den Schulen delegierten Lehrpersonen sind abgeschlossen. Die Delegierten wirken in den einzelnen Lehrerteams als Multiplikatoren und geben ihr erworbenes Wissen an die Lehrpersonen weiter.



15 Mehr Lehrstellen für schwächere Schüler/innen bei der Verwaltung

erheblich erklärt am 13. Januar 2009; Fälligkeit 23. November 2012

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht zu erstatten, welche Möglichkeiten er sieht, die Anzahl der Lehrstellen für schwächere Schüler/innen zu erhöhen.

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.

16 Überprüfung Sondernutzungspläne

erheblich erklärt am 19. Januar 2010; Fälligkeit 19. Januar 2012

Der Stadtrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, inwieweit die vor 1980 erlassenen Sondernutzungspläne noch gerechtfertigt sind oder aber geändert oder aufgehoben werden sollen. Zu prüfen ist im Besonderen, ob die Sondernutzungspläne tatsächlich realisiert worden sind und das Ausmass der Abweichungen von der Regelbauweise nach gültiger Bauordnung, das zugrundeliegende städtebauliche oder architektonische Konzept oder andere Planinhalte (z.B. bezüglich Erschliessung) eine besondere Regelung nach wie vor erfordern. Andernfalls sollte der Plan aufgehoben oder an die heutigen Gegebenheiten angepasst werden.

Derzeit werden in einer internen Arbeitsgruppe und unterstützt von einem externen Büro die rund 300 Sondernutzungspläne überprüft. Diese Arbeiten sind sehr aufwendig. Eine zeitliche Aussage über den Beginn der Verfahren für die aufzuhebenden Pläne (ganz oder teilweise Aufhebung) und über den Umfang der Aufhebungsaktion ist derzeit noch nicht möglich.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags um 1 Jahr zu verlängern.

17 Ein Beitrag zur kombinierten Mobilität: Ein zeitgemässes Veloverleihsystem, auch in St.Gallen

erheblich erklärt am 19. Januar 2010; Fälligkeit 19. Januar 2012

Der Stadtrat wird eingeladen, abzuklären, welche der sich in anderen Städten bewährenden Veloverleihmodelle (allenfalls modifiziert) für St.Galler Verhältnisse am vielversprechendsten erscheinen und einen modularen Realisierungsvorschlag mit Etappierungsvarianten zu erarbeiten.



Das Tiefbauamt hat zusammen mit dem Amt für Umwelt und Energie sowie der Fachstelle Langsamverkehr des Kantons eine Auslegeordnung der möglichen Veloverleihsysteme und erste konzeptionelle Standortüberlegungen vorgenommen. Seit Mitte resp. Ende 2010 sind die städtischen Veloverleihsysteme in Luzern und Biel in Betrieb, deren Erfahrungen für die weiteren Überlegungen genutzt werden sollen. Aufgrund dieser Erfahrungen kann das geeignetste System für die Stadt St. Gallen evaluiert und das Konzept fertiggestellt werden.

Antrag:

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags um 1 Jahr zu verlängern.

18 Museumskonzept „3 Museen – 3 Häuser“

erheblich erklärt am 16. Februar 2010; Fälligkeit 16. Februar 2012

Wir bitten den Stadtrat, ein Museumskonzept als Grundlage für weitere politische Entscheidungen zu erarbeiten, welches die folgenden Punkte mit einbezieht:

- Wie sollen sich die Museen in Zukunft positionieren und wie sehen die Betriebskonzepte aus - mit klaren inhaltlichen Aussagen?
- Mit welchen Investitionen rechnet der Stadtrat für den Neubau des Naturmuseums und den Umbau der drei bestehenden Häuser Kunklerbau, Völkerkundemuseum und Kirchhoferhaus?
- Mit welchen Folgekosten für Unterhalt, Reparaturen und Hauswartkosten ist zu rechnen nach Realisierung sämtlicher Investitionen für die drei Häuser?
- Welche finanziellen Mittel müssen in Zukunft für den Betrieb der Museen, die Pflege der Sammlungen und für zeitgemässe Ausstellungen für alle drei Häuser zusammen aufgewendet werden - inkl. finanzielle Verflechtungen zwischen Stiftung und Kunstverein (konsolidierte Darstellung)?
- Mit welchen zusätzlichen Personalkosten ist zu rechnen?
- Welche Strategie würde der Stadtrat verfolgen, sollten die Kosten die finanziellen Möglichkeiten der Stadt überschreiten?

Die Strategie „3 Museen – 3 Häuser“ sieht einen Neubau für das Naturmuseum beim Botanischen Garten, den Umbau des Kunklerbaus sowie die Sanierung des Kirchhoferhauses zur alleinigen Nutzung durch das Kunstmuseum und die Sanierung des Historischen und Völkerkundemuseums vor. Die verschiedenen Projekte befinden sich in ganz unterschiedlichen Planungsphasen, es können deshalb nicht zu allen Projekten präzise Zahlen genannt werden. Im Rahmen der Vorlage Neubau Naturmuseum wird der aktuelle Stand dargelegt. Die Investitions- und Betriebskosten für das „neue“ Kunstmuseum können erst im Rahmen der Projektierung des Umbaus Kunstmuseum präzisiert werden. Der Projektierungskredit Umbau Kunstmuseum wird dem Parlament vorgelegt, sobald die Stimmbevölkerung den Neubau Naturmuseum bewilligt hat. Es ist vorgesehen, das Postulat zusammen mit der Vorlage Baukredit Umbau Kunstmuseum abzuschreiben.



Antrag:

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags um zwei Jahre zu verlängern.

19 Integration – wo stehen wir, wohin gehen wir?

erheblich erklärt am 15. Juni 2010; Fälligkeit 15. Juni 2012

Der Stadtrat wird ersucht, dem Stadtparlament nach nun mehr als fünf Jahren einen Bericht zu den Integrationsbestrebungen zu erstatten. Der Bericht soll einen Rückblick, vor allem aber eine Standortbestimmung und die künftigen Akzente der städtischen Integrationspolitik aufzeigen. Besondere Bedeutung hat die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Mit welchen Massnahmen will der Stadtrat die sprachliche Integration für beide Geschlechter und für die verschiedenen Altersgruppen vorantreiben? Wie viele Personen beteiligen sich an den verschiedenen Angeboten und wie werden die Angebote evaluiert?
2. Was unternimmt die Volksschule, um alle fremdsprachigen Kinder in Deutsch auf ein für die weitere Ausbildung erforderliches Niveau zu bringen?
3. Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit den Migrantenorganisationen und wie engagieren sich diese für die Integration ihrer Landsleute?
4. Welche finanziellen Anwendungen hat die Stadt für die Integration in den letzten fünf Jahren für welche Projekte erbracht?
5. Welche Themen werden aktuell von der Integrationskommission bearbeitet und schwerpunktmässig weiter verfolgt?

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung und soll vom Stadtrat zu Händen Stadtparlament noch vor den Sommerferien verabschiedet werden.

Auftrag:

Es wird beantragt, die Frist für die Erfüllung des Postulatsauftrags um ein Jahr zu verlängern.

20 Hat St.Gallen ausgeKUGLt?

erheblich erklärt am 14. September 2010; Fälligkeit 14. September 2012

Der Stadtrat wird eingeladen, Bericht zu erstatten, welche Massnahmen sich nach dem Entscheid des Verwaltungsgerichtsgerichts aufdrängen. Die Beantwortung des Postulats soll auch aufzeigen, ob sich im konkreten Fall des „KuGl“ nur Einzelne an den Immigrationen stören oder ob es sich um ein allgemeines Problem handelt und wie den verschiedenen Bedürfnissen genüge getan werden kann. Alles in allem geht es vorliegend nämlich um die Grundsatzfrage, wie der Stadtrat Urbanität definiert und was in unserer Stadt möglich sein soll und darf.

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.





21 Ausbau des Lehrstellenangebots in der Stadt St.Gallen

erheblich erklärt am 23. November 2010; Fälligkeit 23. November 2012

Der Stadtrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob und wie weit das Lehrstellenangebot in den verschiedensten Arbeitsbereichen ausgebaut werden und ob innert fünf Jahren ein Verhältnis von mindestens 1 Lernende/r pro 20 Vollzeitstellen angestrebt werden kann.

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.

22 Die Stadt als Aktionärin: Strategie, Vertretungen und Reporting

erheblich erklärt am 22. Februar 2011; Fälligkeit 22. Februar 2013

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht zu erstatten, wie er dem Parlament die Geschäftsberichte der wichtigsten städtischen Beteiligungen zugänglich machen kann und ob und in welchem Sinne Änderungen bei den vom Stadtparlament zu wählenden Abordnungen angezeigt sind.

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.

23 Neue VBSG-Linie 14?

erheblich erklärt am 14. Juni 2011; Fälligkeit 14. Juni 2013

Der Stadtrat wird eingeladen, die Einführung einer neuen Buslinie „14“ ausgehend vom Gebiet Oberstrasse – Ahorn – Hechtacker und / oder Haggen – Wolfganghof bis nach Winkeln inkl. Arena bezüglich Kundenpotential und Kostenfolgen (Einführung und Betrieb) zu prüfen und Bericht zu erstatten.

Die Abklärungen sind im Gange.

24 Mehr Grün für alle: Separate Lichtsignale für VelofahrerInnen?

erheblich erklärt am 14. Juni 2011; Fälligkeit 14. Juni 2013

Der Stadtrat wird eingeladen, eine Optimierung des Systems von Velo-Lichtsignalanlagen für Knoten im Innenstadtbereich (Leonhardsbrücke bis Brühltor) sowie an den verkehrsreichen Hauptachsen (Zürcher Strasse, Fürstenlandstrasse, Rorschacher Strasse und Langgasse) hinsichtlich einer markant erhöhten Sicherheit und verkürzten Fahrzeit zu prüfen und Bericht zu erstatten.

Die Abklärungen sind im Gange.



25 SÜDSPANGE – wie setzt sich die Stadt dafür ein?

erheblich erklärt am 2. November 2011; Fälligkeit 2. November 2013

Der Stadtrat wird aufgefordert, in einem Bericht zu diesen wichtigen aktuellen Verkehrsfragen der Stadt verbindlich Stellung zu nehmen. Dabei interessiert weniger die Vorgeschichte, als die Haltung des Stadtrates zur Lösung der bestehenden und der zu erwartenden Probleme.

Insbesondere hat der Bericht folgende Fragen zu beantworten:

- Ist der Stadtrat bereit, sich auf allen Ebenen aktiv und öffentlichkeitswirksam für die Umsetzung der Südspange, in der von Kanton und Stadt favorisierten Variante, einzusetzen und in welcher Form tut er dies?
- Ist der Stadtrat bereit, in diesem Zusammenhang auch die Verknüpfung der Südspange mit der Anbindung von Teufen/Appenzell genau zu prüfen und Vorschläge zu unterbreiten?
- Ist der Stadtrat bereit, auch unkonventionelle (Vor-)Finanzierungsmodelle mit dem Kanton zu prüfen und aktiv anzugehen?
- Welche Massnahmen plant die Stadt St.Gallen für den Fall, dass die Priorisierung der Südspange durch den Bund hinausgezögert wird?

Die Stadt ist mit dem Kanton und mit dem Bund im Gespräch über die möglichen Lösungen und bringt dabei die Anliegen aus städtischer Sicht mit Nachdruck ein. Dem Stadtparlament wird Bericht erstattet, wenn die gestellten Fragen beantwortet werden können.

26 Ein Energiereglement als gesetzliche Grundlage für das Energiekonzept und einen allfälligen Energieplan

erheblich erklärt am 2. November 2011; Fälligkeit 2. November 2013

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob der Erlass eines Energiereglements auf städtischer Ebene sinnvoll ist und welche in Bezug auf Energieeffizienz relevanten Themen darin gegebenenfalls zu regeln sind.

Der Postulatsbericht wird dem Stadtparlament fristgerecht vorgelegt.

27 Open Source Software an Schulen

erheblich erklärt am 2. November 2011; Fälligkeit 2. November 2013

Der Stadtrat wird dazu eingeladen 1) über die Möglichkeiten eines Pilotprojektes für OSS an Schulen, sowohl auf der Primar- wie auch auf der Sekundarstufe und 2) wie er gedenkt, Schulpersonal auf OSS zu schulen, Bericht zu erstatten und 3) gegebenenfalls Antrag zu stellen.

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.



28 Historische Klostermauern: Durchblickendes St.Gallen

erheblich erklärt am 21. Februar 2012; Fälligkeit 21. Februar 2014

Der Stadtrat wird eingeladen, zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob und wie die historischen Funde auf dem Gallusplatz offengelegt und durch bauliche und beleuchtungstechnische Massnahmen ansprechend in das Altstadtbild eingebettet werden können, so dass einerseits ein städtebaulicher Mehrwert entsteht, andererseits aber auch die Bedeutung der Ausgrabungen und die damit verbundenen Erkenntnisse den Besucherinnen und Besuchern des Klostersviertels nähergebracht werden können.

Die Abklärungen sind im Gange.

Der Stadtpräsident:
Scheitlin

Der Stadtschreiber:
Linke

